

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1923**

21.11.1923 (No. 267)

lark befindet. Oeffnungszeit für Beizen auf 18½—19 Uhr. In Mannheim wird für Beizen nach 19 Uhr eine Abstellzeit von 25 Minuten vorgesehen.

war gleichfalls Beizer und Mälzerei.

Orte ist die Stimme

notierte zu fast un-

9,7, gut 9,9—10,

3,8—8, holländischen

Weizengrund 0,70,

ilo ab Mannheim.

vort.

D. J. A. Karlsruhe:

sich auf dem Sport-

gelassenen zu fest-

uf und beide Mann-

Kampf. Bis zur

Halbzeit trennten sich

zum 1. Tor verwan-

nzt. Nun war es

noch dazu durch

derfe gestellt. Nun

aufgetretenes unfairer

Luft vor Schuß ein

entschieden wurde das

Meisten diente sich

schlechten und nüch-

tern was an Vor-

berlini werden. Et-

erst gelöschte

Schuß der Stürmer

nahmen einiger Teile.

eine fremde Mann-

schwärze zielte und

mit dem Ausdruck

W. G.

üge.

ana Geßler alt 60

Aug. Geßler — 18.

doden, lebte alt 21

Wilhe des Mag.

arte Karlruhe.

ng: Keine wesent-

eigen.

er Auswände-

rechte Karls-

schäfts vom

andermabsatz

der Förderung

wischen Ländern

in Antwerpen

Marine Com-

me und Abteil-

schäftsamt mitzu-

Geschäftsamt

O. 133.

1923.

ziedirektion.

).

aber, im Kassen-

ung, für Ben-

itten nachmit-

kleine Anzeigen

orhmöbel,

ge Garnituren, Arm-

lehnstühle u. a.

Körte

Handel und Industrie,

großes Wachstum,

große Gründung,

große Einrichtungen

große Ausstattung

Die Kampffront der Beamten, wie sie gedacht und wie man sie hinzustellen sucht!

Von führender Beamenseite schreibt man uns: Die Lage des gesamten schaffenden Volkes ist bei der vollkommenen Entwicklung der deutschen Zahlungsmittel durchbar. Die wirtschaftliche Not erscheint nicht mehr steigerungsfähig, und doch erlebt man mit jedem neuen Tag neue Unmöglichkeiten, die das Ende des Fortages als gering nachempfinden lassen. Das deutsche Beamtentum, das ehemals in seiner Existenz gefürchtet stand und von drückenden Nahrungsangeboten verschont war, tritt heute mindestens wie jede andere Bevölkerung, wenn nicht noch schwerer, das große Ende, vor dem jeder sich zu schützen sucht mit allen Mitteln, auch mitunter mit nicht ganz ungefährlichen. Das Beamtenamt ist der Erkenntnis, daß mit der jetzigen planlosen Wirtschaft, sowohl in den Reichs- und Staatsbetrieben, wie auch in Verwaltungsstellen radikal aufgeräumt werden muß. Gewiß würde die staatserhaltend gesuchte Beamtenchaft sich hinter die Führer stellen, die frei von unfaßlicher Rücksicht auf gefühlsmäßige Strömungen, Maßnahmen in Vorschlag bringen, die eine Befreiung der längst unhalbaren Zustände mit einiger Gewissheit erwarten lassen. Schwächliche Gewerkschaftspolitik und Agitationsabsichten hält diese Vorschläge zurück, mit denen dem Beamtenamt und der Allgemeinheit gedient wäre. Statt dessen erhofft man sich auf gewisser Seite in neuerlicher Kritik allen, auch den nochwiderstandsfähigen gegenüber, um Agitations- und politische Gewinne zu machen.

Nachstehender Auszug einer Notiz im Berliner Westen vom 5. November 1923 zeigt, vor welchen Abgrund die deutsche Beamtenchaft steht. Auch ist das Geheimnissechein ein Beweis für die so oft durch den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund betonte „Neutralität“.

In den Reihen des „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes“, der auf freigewerkschaftlichem Boden steht, wird gegenwärtig angesichts der drohenden Zuspaltung der innerpolitischen Lage für einen Streit der Eisenbahner Protagonist gemacht, der zur Errichtung gewisser Forderungen befragt soll. Es muß festgestellt werden, daß die Leitung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes diesen Streit nicht sympathisch gegenüberstellt, wie aus den offiziellen Erklärungen des Vorstandes fallenberger hervorgeht. Doch besteht innerhalb des Bundesverbandes eine starke Strömung für die Streitbewegung, die durch den Eisenbahnschiffsführer Menne und Haendler, der früher den „Vulob“ leitete, begünstigt wird. In diesen Tagen ist den Vertraulentsenden der im A. D. B. organisierten Eisenbahner folgendes Schreibfomument zugegangen:

Anmeilung zum Generalstreit der Eisenbahner. Gauaufsichtsgesellschaft. Band Nr. 1. Geheim. Vertraglich. Petition. Richtlinien für Abwehrmaßnahmen der Reichswirtschaftsamt Deutscher Eisenbahnbüro und Umwälzer im Falle innerpolitischer Verwicklungen. Achtung! Dieser Schrein gilt nur für die Person, die es empfängt. Es ist von dieser geheim aufzubewahren, darf nicht aus der Hand gehen und nicht zu den Alten gelegt werden. Gedachte: Alfred Thrus, Berlin N. 65, Amsterdamerstr. 19. Abwehrmaßnahmen.

Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß nach dem Abzug dieser Regierung mit Zustimmung der Gewerkschaften eine neue Regierung mit oder ohne parlamentarische Mehrheit eingesetzt wird, d. h. die sich dann nur auf die Gewerkschaften, d. h. auf die breite Masse der Arbeitnehmerkraft stützt. In diesem Falle haben unsere Kollegen die Aufgabe, sich mit aller Kraft für die Durchführung der von dieser Regierung erlaubten Gefrei- und Versagungen einzusegen. In engster Zusammenarbeit mit allen Teilen der Arbeitnehmerkraft ist gerade in diesem Falle dafür zu sorgen, daß der Eisenbahnbetrieb mit allen Mitteln aufrecht erhalten wird.

Für den Fall, daß keine Regierungsbildung erfolgt, überhaupt keine rechtmäßigen Behörden mehr vorhanden sind, müssen diese Stellen aus den Reihen der Gewerkschaftsvertreter rekrutiert werden. Es kann von ihrer Stellungnahme abhängen, ob durch teilweise oder vollständige

Stillegung des Betriebes unserer Sache gedient oder der Bestand der Republik gefährdet wird. Wie weit zu diesem Zweck eine vorherige Vereinigung mit den anderen Gewerkschaften herbeizuführen ist, kann generell nicht angeordnet werden.

Unterjährigen sollen unter solche Schreiben nicht gelassen werden. Nach Bezeichnung höhstens die Vornamen. Wir unterzeichnen unsere Schreiben „Gauaufsichtsgesellschaft“. Schreiben, die nur durch die Presse veröffentlicht werden, zeichnen wir „Paul Heinrich“.

Es folgen dann noch besondere dringende Anordnungen...

Das also war das Ziel, das die Herren im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sich gestellt hatten, und das zu erreichen, die gesamte deutsche Beamtenchaft zu Vorspannindustrien aufgefordert wurde. Harmlos verfuhr man sich auf Seiten des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu stellen, als man am 25. Oktober die übrigen 4 Beamtenspitzenorganisationen zur Aufrichtung der Kampffront zu vereinbarten suchte.

Die wirtschaftliche Notlage, die Unsicherheit der Existenz, der Abschlußtag, der auch von den freien Gewerkschaftsführern in seiner schematischen Durchführung in jüngerer Zeit für unhalbbar erkannt ist, das Beamtenrecht und das längst überfällige Beamtenrecht, alles das sollte die deutsche Beamtenchaft auf den Plan rufen. Sie sollte zu einer Einheitsorganisation beziehungsweise Kampffront zusammengeführt werden, in der ein einheitlicher Ansatz die Kampfmittel einschließlich Streit u. passiver Resistenz vorschreiben sollte. Gerade die Übertragung dieser außergewöhnlichen Bedingungen hätte, wenn alle anderen Bedenken nicht durchschlagend genug gewesen wären, wirkliche Beamtenführer stützt machen sollen. Bekanntlich verneinten der Reichsbund der höheren Beamten und der Gesamtverband deutscher Beamtenverbindungen die Mitarbeit an dem Zustandekommen dieses vorswertbaren Unternehmens. Trotzdem den übrigen Organisationen die Bedenken mitgeteilt waren, erklärte der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring die Bereitschaft, die von dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angestrebte Kampffront zu schließen unter den von diesen dictierten Bedingungen. Die weiteren Verhandlungen führten die kampfbereiten drei Organisationen nun unter sich.

Den nichtsozialistisch orientierten Beamtenverbänden scheint bei den internen Beratungen hinter verschlossenen Türen die Kampfkunst erheblich absehbar zu sein. Noch stärker dampft hat sicherlich die Haltung der aus dem Neutralitätszoll plötzlich aufgewachten Beamtenchaft gewirkt. Am 31. Oktober erhielten bereits folgende Notiz in der D. A. B.: „Die Übungsgemeinschaft der Beamten...“ Der Dienstag geplante Besuch des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Gewerkschaftsrings auf Bildung einer „Kampffront“ unter Beteiligung aller gewerkschaftlichen Mittel gegen die „Macherei“ der Reichsregierung bedarf einer offiziellen Auslegung. Von beteiligter Seite wird uns dazu erklärt: Der Besuch soll es neuwegen, wenn man beinahe hätte annehmen müssen, eine Sabotierung der Verordnungen zur Eröffnung der Staatswirtschaft vorbereitet. Er soll lediglich einen Ausdruck der Wachsamkeit darstellen, zu der die Organisationen sich gewünscht fühlen, angesichts gewisser Beleidigungen, die ihrer Meinung nach auf eine — auch der Öffentlichkeit wenig erwünschte — Durchkreuzung der Richtlinien zur Durchführung der Notmaßregeln abziehen.“

Einer nach zu urteilen, handelt es sich lediglich um eine mehr erhöhte Wachsamkeit, die aggressive Absicht wird ausdrücklich verneint, auch der Gedanke des Streiks usw.

Man scheint jedoch auf Seiten des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes besondere Eile zu haben, und von dem einmal Gewonnenen nicht leicht loslassen zu wollen. Denn am 1. November fanden sich die drei Organisationen erneut zu weiteren Beratungen zusammen. Die Allgemeine Deutsche Beamtengesellschaft ist gerade in diesem Falle dafür zu sorgen, daß des Eisenbahnbetrieb mit allen Mitteln aufrecht erhalten wird.

für den Fall, daß keine Regierungsbildung erfolgt, überhaupt keine rechtmäßigen Behörden mehr vorhanden sind, müssen diese Stellen aus den Reihen der Gewerkschaftsvertreter rekrutiert werden. Es kann von ihrer Stellungnahme abhängen, ob durch teilweise oder vollständige

richt bringt: „Zwischen dem Deutschen Beamtenbund, dem Gewerkschaftsring und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, die sich belauftig vor einigen Tagen auf eine gemeinsame Front zur Abwehr des gegen das Deutschenbeamtenamt gerichteten Angriffs geeinigt hatten, sondern über deren weitere Auslauf am Donnerstag neue Verhandlungen statt, die aber ergebnislos verliefen. — Die Differenzen, die besonders zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund bisher schon in der gewerkschaftlichen Einigung bestanden, haben sich weiter verschärft. Der freigewerkschaftlich orientierte Allgemeine Deutsche Beamtenbund suchte den parteipolitisch neutralen Deutschen Beamtenbund mit in sein Fahrwasser zu ziehen, um auf diese Weise den bisher vom D. A. B. stets scharf abgegrenzten „Beamtenstreit“ eines Tages doch in Szene setzen zu können.“

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund stellt sich nun unmissverständlich berichtet seinen Mitgliedern, der Ursprung dieser Notiz sei noch nicht festgestellt. Er sagt, diese Notiz stellt die Tatsachen auf den Kopf, denn die Verhandlungen sind zwischen den drei Organisationen im besten Sinne eingeführt worden. Soviel steht aber fest, daß hier ein ganz verschiedener Versuch steht, die wiedende Einheitsfront zu zerstören.

Die deutsche Beamtenchaft und die Öffentlichkeit haben das Recht, Klarheit in diesen Dingen zu fordern. Die Öffentlichkeit muß sich für zu gut halten, stillschweigend und unter Täuschung der Wahrheit, in das Fahrwasser des sozialistischen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sich abdrängen zu lassen. Es er scheint auch anzunehmen, daß der Deutsche Beamtenbund sich erklärt.

*)

Ausland.

Der Religionsunterricht in Estland.

In Estland hat vor einiger Zeit eine Abstimmung über den Religionsunterricht in der Schule stattgefunden. Mit großer Mehrheit hat sich die Bevölkerung für den Religionsunterricht erklärt. Aber das mit einer solchen Abstimmung allein nicht getan ist. Es soll die Bemühungen, die nunmehr zu machen den Erfahrungen. Dem in Nebel erscheinenden Parole steht auf folge bemüht sich nunmehr viele Lehrer, die vor der Volksabstimmung erweiterte Gegner des Religionsunterrichts waren, jetzt alle Religionsstunden an sich zu reißen, um nur mehr Einschlägen zu haben. Zu Kellinischen Kreisen gibt jetzt ein Lehrer, der sich früher öffentlich als Atheisten bezeichnete, über 20 Religionsstunden in der Woche. In der Nähe von Wero erteilt den Religionsunterricht ein Elementarlehrer, der vor dem Referendum öffentlich erklärte, er werde „sieben Personen niederschlagen“, die in seiner Schule Religionsunterricht erteilen könne, in der Wies — ein Lehrer, der zum Schluss der Religionsstunde seinen Schülern erzählt, was er sonst erzählt habe, sei „sehr Geschwätz“. Und solcher Fälle gebe es noch viele. Was also ist, das in Charakterbildung bei denen, die den Religionsunterricht erzielen sollen. Das wird ein Religionsunterricht darnach sein! —

Keine politische Meldungen.

Mitkommersratum der Lübecker Bürgerschaft. Der Senat hat den Vollschrift über das Mitkommersratum der Lübecker Bürgerschaft gegen den gesamten Senat auf den nächsten Januar 1924 angekündigt.

Die Botschaften gegen die Gnäßlichkeit. Aus Moskau wird berichtet, daß die gegen die Gnäßlichkeit gerichteten Verfolgungen wieder zugemessen haben. Der katholische Prälat Orlitz wurde das Gericht übergeben. In dem Wolga- und Dnepr-Gouvernement wurden viele Kirchen konfisziert. Die Kathedrale von Tiflis wurde in eine Tiflora Duncan-Lanzschule umgewandelt.

*)

Aus dem sozialen Leben.

Die Lage des Arbeitsmarktes

in Baden zeigte in der letzten Woche eine weitere Verschlechterung. Nur die Pforzheimer Schuhwarenindustrie zeigt eine auf die Fertigungslistung von Weihnachtsaufträgen für das Ausland zurückführende Verbesserung. Bei den weiblichen Hausangestellten besteht nur noch wenig Nachfrage.

Die neuen Invalidenversicherungsbeiträge.

Durch die 10. Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. November 1923 (Deutsche Reichsanzeiger Nummer 262) sind die Invalidenversicherungsbeiträge mit Wirkung vom Montag, den 19. November 1923, ab gegen bisher verfügbare beibehalten und zum 50.000fachen des aufgedruckten Gehaltes verfaßt. Es sind fünfzig zu entrichten: Bei einem Wochenentstand bis zu 5,6 Billionen (1. Klasse 44) ein Wochenbeitrag von 9,2 Milliarden, bei einem Wochenentstand von über 5,6 bis zu 7,7 Billionen (1. Kl. 45) ein Wochenbeitrag von 12,5 Milliarden, von über 7,7 bis zu 11,2 Billionen 180 Millionen, von über 11,2 bis zu 17,5 Billionen 260 Millionen, bis zu 23,1 Billionen 370 Millionen, bis zu 28,7 Billionen 470 Millionen und bei einem Wochenentstand von über 28,7 Billionen (1. Kl. 50) 580 Millionen.

Sozialdemokratie und Beamtenabben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen folgenden Antrag zu stellen: Die Verordnung zur Herausminderung der Personalausgaben des Reichs (Personalausgaben-Verordnung) vom 27. Oktober ist sofort aufzuführen.

(*)

Baden.

Kurdgebungen für Rhein und Ruhr.

Heidelberg, 19. Nov. Die hier veranstalteten Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei in Süddeutschland nahmen eine Einschließung an, in die die Erwartung ausdrücken, daß die Reichsregierung alles tut, um die besetzten Gebiete beim Reich zu legen. Die Einschließung erklärte, daß die Bevölkerung für den Religionsunterricht erklärt. Aber das mit einer solchen Abstimmung allein nicht getan ist. Es soll die Bemühungen, die nunmehr zu machen den Erfahrungen. Dem in Nebel erscheinenden Parole steht auf folge bemüht sich nunmehr viele Lehrer, die vor der Volksabstimmung erweiterte Gegner des Religionsunterrichts waren, jetzt alle Religionsstunden an sich zu reißen, um nur mehr Einschlägen zu haben. Zu Kellinischen Kreisen gibt jetzt ein Lehrer, der sich früher öffentlich als Atheisten bezeichnete, über 20 Religionsstunden in der Woche. In der Nähe von Wero erteilt den Religionsunterricht ein Elementarlehrer, der vor dem Referendum öffentlich erklärte, er werde „sieben Personen niederschlagen“, die in seiner Schule Religionsunterricht erteilen können, in der Wies — ein Lehrer, der zum Schluss der Religionsstunde seinen Schülern erzählt, was er sonst erzählt habe, sei „sehr Geschwätz“. Und solcher Fälle gebe es noch viele. Was also ist, das in Charakterbildung bei denen, die den Religionsunterricht erzielen sollen. Das wird ein Religionsunterricht darnach sein! —

Keine politische Meldungen.

*)

Die zahlreich besuchte Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Karlsruhe, protestiert auf schärfste gegen die allzu aus nationalistischen und großkapitalistischen Motiven erfolgende leidenschaftliche Preisgabe von Rhein und Ruhr. Sie verlangt und erwartet, daß andere Opfer zur Befriedigung Frankreichs in der Sicherheitsfrage in Erwägung gezo gen werden, vor allem: Schaffung eines Bundesstaates Menschen, Zustimmung zu internationalen Eisenbahnregeln für die Dauer der Reparationsverpflichtungen, rücksichtige Entwaffnung und Auflösung aller illegalen Kampfverbände, schärfste Erfassung der bisherigen Nutznießer der falschen Kriegs- und Nachkriegsfinanzpolitik.

Aber durch solche energische Maßnahmen kann der Widerstand Frankreichs gegen die Wiederannahme der Arbeit bejagt und können dadurch weitere Opfer und unbedeutende Unglücksfälle für das deutsche Volk verhindert werden.

Wir sind allerdings nicht der Meinung, daß so lange Poincarés Geist in Frankreichs Regierung maßgebend ist, irgend eine Politik deutschfeindselig wäre es die friedvollste und entgegenkommendste, geeignet ist, ein erträgliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen. Poincaré imponiert nur die rohe Gewalt und die hat er

wir nicht. Vorfahrt er für schaut hat, mit es, was Recht

Die nationa

Aufgrund des hat der Minister die deutsche Arbeit die Zugangsrechte gründet. Strafar.

Parteikonto

Außer den be- gestern den be- und von Du kartofeln bei Herzlichen Dank.

Die rücksicht- um Auslieferung strafe 42, geben

Kinder

Karlsruhe, 20. Nov. 265 d's Baden aus der Bodensee- fähre auf die Bode-

der Bode- fähre auf die

Reichs- fähre auf die

Weser- fähre auf die

Elbe- fähre auf die

Donau- fähre auf die

her hießen zur Ersparung von Heiamaterial während der kalten Jahreszeit zu den allgemeinen Öffnungszeiten geschlossen. Doch werden dieselben für Schul- und Vereinsbesuch, wie für Studienzwecke nach Absprache geöffnet.

Zentrumstraktion des Bürgerausschusses. Heute (Mittwoch) abend 8 Uhr Sitzung im kleinen Rathaussaal.

Kath. Männerverein der Oftstadt. Wir machen unsere Mitglieder noch einmal auf den heutigen Abend im Annahaus stattfindenden "Paul Keller-Avend" mit Vortrag, Rezitationen usw. aufmerksam und bitten um zahlreichen Besuch.

zu den Karlsruher Erwerbslosendemonstrationen am Samstag schreibt der sozialdemokratische Karlsruher Volksfreund: Die Erwerbslosen demonstrierten, die am Samstag hier in Karlsruhe sich abgespielt haben, erfordern, daß offen und klar zu ihnen Stellung genommen wird. So sehr wir Erwerbslosen haben, so stark unter Mangelnd mit ihrer Lage ist, die Demonstration am Samstag waren nicht in erster Linie Ausdrücke der Not, sie waren eine kommunistische Macht. Wer die Vorgänge aufmerksam beobachtet hat, weiß, daß es vorangeworfene das jugendliche Element war, das die Teilnehmer an der Demonstration und an dem Anfang befreit hat, der an einzelnen Stellen der Stadt verübt worden ist. Die plötzlich zeitliche Forderung auf eine einmalige Beihilfe von 3 bis 4 Millionen ist finanziell für die Stadt einfach nicht tragbar. Das wissen die kommunistischen Dichter auch. Sie wollen systematisch die Errichtung der Erwerbslosen steigern, um politische Ziele erreichen zu können. Wer die Sitzung der Delegierten der Erwerbslosen aus einer Reihe badischer Städte begewohnt hat, der weiß, wie viele Menschen stattgefunden hat, der hat sofort den Gedanken in den Sinn, daß die Demonstrationen, die am Samstag in Karlsruhe stattgefunden haben, die Erwerbslosen jährlägen sich und die gesamte Arbeiterschaft in der verhängnisvollen Weise wenn sie kommunistischen Parteien folgen. Das Ende wird immer sein, daß eine Unzahl armer verhinderter Menschen körperlich zu Schaden kommen, daß Unglück angreift und die wirkliche Hilfeleistung gehindert wird. Wie haben mit großer Gewalt am Samstag gehandelt, daß die älteren erwerbslosen Arbeiter sich in nennenswerter Zahl nicht an der Demonstration und erst recht nicht an dem Anfang beteiligt haben. So bleibt es hoffentlich auch in Zukunft. Wer aber kommunistischen Parteien folgt, weiß, daß für die nach Berliner und Moskauer Diktat auszuhörenden Aktionen missbraucht wird, um die Konferenzen in den Kerk zu nehmen. Und die Menge der Gaffer, die durch ihre schwäbische Ammenheit dazu beitragen, die Unruhe auf den Straßen zu erhöhen, dürfen sich nicht belämen wenn sie unliebsame Erfahrungen machen. Die Polizei hat auch am Samstag erfreulicherweise ruhiges Blut bemerkt. Wir appellieren an die Räuber wie an die Mannschaften der Polizei, auch in Zukunft ebenso ruhig und tollpatschig wie gewöhnlich leichten Amtes zu warten, wie es im allgemeinen am Samstag geschehen ist. Das gefestigte Energisch angestellt werden muss, ist verständlich, wenn man, wie am Samstag, zusehen mußte, wie das jugendliche Element sich der Polizei gegenüberstellt. Und dann auch Unschuld mit Opfer des Aufruhrs werden, ist bedenkllich, aber nicht zu ändern. Mit unsinnigen und überflüssigen Forderungen, mit der kommunistischen Taktik, die Arbeiterschaft in Demonstrationen und Aktionen hinzuholen, die schließlich immer mit der Niederlage der Verbrechen enden, wird die Not und dem Staat nichts abholzen.

Groß für die Erwerbslosen. Die Räderinnung Karlsruhe hat gestern zur Unterstützung der Erwerbslosen einen sehr erfreulichen Besuch erhalten. Es sollen jede Woche einiges Geld für die Erwerbslosen zur Einheitsbrot für die Erwerbslosen eingesammelt werden. Die Verteilung wird stadtteilweise vorgenommen und zwar darum, daß die Räderinnung dort an eine noch näher an bestimmende Zentrale liefern, von wo es dann an die Erwerbslosen verteilt wird.

Der Suderpreis. Der Suderpreis wurde von der Badischen Wirtschaft im Einverständnis mit den ausländischen amtlichen Berliner Stellen, abermals bedeutend erhöht

und stellt sich mit Orts- und Sortenzuschlägen gegenwärtig auf 62,50 Goldmark pro Doppelzettner. Da auch die Steuern wiederum um ein Mehrfaches gestiegen sind, mußte der Kleinhandelspreis ebenfalls entsprechend erhöht werden. Er beträgt für die laufende Woche 0,80 Goldmark per Pfund und zwar sowohl für Rückspuren wie auch für alle übrigen Sorten.

Frankösische Regierung. Am Montag früh erschien eine Abteilung französischer Infanterie auf dem zwischen Marne und dem Rheinfeldkanal gelegenen Güthof des Prinzen Max, umstellen das Gebäude und hielten eine eingehende Durchsuchung ab. Der Gutsbesitzer Vollmer wurde verhaftet und von den Franzosen nach Plaxenburg gebracht. Die Franzosen nahmen auch den Haushaltshaushalt mit. Anlaß zu der Verhaftung und Haussuchung war eine gemeinsame Denunciation, wonach auf dem Güthof Waffen versteckt gehalten würden. Die Durchsuchung hat jedoch ein negatives Ergebnis gebracht.

Schwere Körperverletzung. Am Sonntag nachmittag starb ein 16 Jahre alter Handelschüler von hier in einem Hause der Schillerstraße ein 14 Jahre altes Mädchen die Kellerrutsche hinunter, wodurch das Mädchen einen Schädelbruch sowie eine Gehirnerkrankung erlitten. Die Schwerverletzte mußte nach dem neuen St. Vinzenz Krankenhaus verbracht werden.

Unfall mit Todesfolge: Der Hilfsarbeiter Hölzer aus Forchheim, der am 14. November 1923 auf der Forchheimer Landstraße von einem Auto überfahren und lebensgefährlich verletzt ins Städt. Krankenhaus eingeliefert wurde, ist im Laufe des 18. November seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Führer des Autos ist ein Architekt aus Mannheim.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Vorortenonto und einem Fahrrad erfolgte gestern nachm. Ende Kaiser- und Waldstraße dadurch, daß die Führer beider Fahrzeuge die strassenpolizeilichen Vorschriften nicht beachteten.

Zum Tod in Göschheim. Die Leichenöffnung des am 15. ds. Monats in Göschheim ermordeten Straßentäters Groß fand am 19. ds. Monats statt. Gleichzeitig wurden 3 dringend Verdächtige festgenommen.

Veranstaltungen.

2. Meister-Klavier-Abend. Heute, Mittwoch, den 21. November, spielt K. W. Döpp im Eintrachtssaal. Die Konzertdirektion Kurt Neufeld teilt uns mit, daß noch Karren in allen Preisklassen zu haben sind und daß der Saal gut geheizt sein wird.

Kondolenz und Volkswirtschaft.

Berlin, 20. Nov. (Wörterbuch im Bild.) Die Sitzung auf Schlag folgenden Ereignisse von größter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung machen es zur Zeit der Börsen leicht, sich zu beschäftigen und die Situation zu beurteilen. Der Tod Havensteins, der gerade in dem Moment erfolgte, wo man in Regierungskreisen daran dachte, die Bestimmungen über die Altersrente der Beamten auch auf die Reichsbank auszudehnen und damit eine Verjüngung des Instituts einzuleiten, wird in Wörterbüchern lebhaft erörtert und als ein Zeichen dafür betrachtet, daß die Arbeiterschaft und die Aufregung aller, mit dem Währungsproblem sich beschäftigende amtlichen Stellen, so gewachsen sind, daß sie alle menschlichen Kräfte übersteigen. Man nennt es auch nachfolger Havensteins den Reichswährungskommissar Dr. Schacht. Der heutige Reichstagssitzung steht man in Finanzkreisen mit großer Sorge entgegen. Man fürchtet, daß noch in letzter Stunde eine für das Kabinett Etzelsmann ungünstige Wendung eintreten könnte. Offenbar betrachtet man auch in Berlin die innerpolitische Lage Deutschlands als recht unsicher.

Habenstein und Volkswirtschaft. Berlin, 20. Nov. (Wörterbuch im Bild.) Die Sitzung auf Schlag folgenden Ereignisse von größter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung machen es zur Zeit der Börsen leicht, sich zu beschäftigen und die Situation zu beurteilen. Der Tod Havensteins, der gerade in dem Moment erfolgte, wo man in Regierungskreisen daran dachte, die Bestimmungen über die Altersrente der Beamten auch auf die Reichsbank auszudehnen und damit eine Verjüngung des Instituts einzuleiten, wird in Wörterbüchern lebhaft erörtert und als ein Zeichen dafür betrachtet, daß die Arbeiterschaft und die Aufregung aller, mit dem Währungsproblem sich beschäftigende amtlichen Stellen, so gewachsen sind, daß sie alle menschlichen Kräfte übersteigen. Man nennt es auch nachfolger Havensteins den Reichswährungskommissar Dr. Schacht. Der heutige Reichstagssitzung steht man in Finanzkreisen mit großer Sorge entgegen. Man fürchtet, daß noch in letzter Stunde eine für das Kabinett Etzelsmann ungünstige Wendung eintreten könnte. Offenbar betrachtet man auch in Berlin die innerpolitische Lage Deutschlands als recht unsicher.

Amtliche Berliner Devisenkurse,	20. 11. 23. mitt. 2 Uhr
Geld	Brief
Amsterdam 1560 Cfd. KM 167 110 MM	Spanien 542 691 MM 545 9 0 MM
Brüssel 1582 Cfd. 191 225	Prag 121 693 122 5 5
Kristiania 628 5 5	Stockholm 718 230 11 2730
Lyon 1097 250 112 281	Bucarest 217 473 213 543
Helsingfors 111 721 112 281	Buenos-Aires 12 6 8 3 1283 201
Italien 179 550 18 45 0 0	soz. 33 915 35 085
New-York 418 570 42 567	Tokio 1955 0 0 2005 003
Paris 223 140 224 580	Rio de Janeiro 351 121 352 833
enewitz 222 190 223 810	Aeram 155 610 158 500
	Lissabon 46 264 46 813
	Goldanleihe 4200 Dollarschätzanz.

Wirtschaftszahlen.

Amtliches Dollarkür am 20. Nov.: 4 180 500 M.M.

Geld: 4 210 500 M.M. Brief:

Goldschmied am 20. Nov.: 4 002 500 0 0 000 Papiermark.

Goldschmied (1 Dollar): 4 200 Millarden.

Dollarabsatzanstellungen: — Milliarden.

Badische Einzelhandel: 1000 (Wort 600) Milliarden gültig bis 22. November, mittags.

Karlsruher Tenuenzahl (mit Bielefeld): Stichtag 12. Nov. 208 695 008 255 40 (Bielefeld 100 820 938 334 34).

Badische Landesindexziffer (mit Bielefeld): Stichtag 12. Nov. 205 3 Milliarden (Bielefeld 100 82).

Badische Landesindexziffer (ohne Bielefeld): Stichtag 12. Nov. 207 2 Milliarden (Bielefeld 86 887).

Reichsindexziffer: Stichtag 12. Nov.: 218 5 Milliarden (Worms 98,5).

Großhändelsindexziffer: Stichtag 13. Nov.: 265,6 Milliarden (Bielefeld 129).

Goldschmelzungszahl für die Reichsstruktur für 21. und 22. Nov.: 1 Billion.

Schlüsselzahl der Reichsstruktur für 21. Nov. 1 Billion (gültig von Mitternacht zu Mitternacht).

Bad. Goldschmiedeverband: Ab 15. Nov. Mustervolumen wie Bad. Einzelhandel. 0,3 Liter Etzelsbier 16 Pfg., 0,3 Liter Etzelsbier 21 Pfg., ¼ Liter Wein 45, ½ Liter Wein 50, ¾ Liter Wein 70 Pfg. Eisen in Kleinbetrieben 1,20 Mark, Eisen in mittleren Betrieben 1,50 Mark.

Badische Hotelindustrie: 1 Billion.

Bad. Landesbelebter: Für 21. Nov. 1 Billion.

Börsenabschluß: Bielefeld für 20–26. Nov. 1300 Milliarden. Vermögensmarke 18 Milliarden.

Schlüsselzahl der Vereinigung Karlsruher Zeitungswerter für den Bezugspreis: 1 Billion.

Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungswerter für Anteileinheiten: 1,1 Milliarden.

Schlüsselzahl f. d. Buchdruckereiwerke: 50 Milliarden.

Buchhändler-Schlüsselzahl: 1,1 Billion.

Karlsruher Standesbuch-Ausgabe.

Todesfälle. 19. Nov.: Leo Schmidt, Weißfahrer a. D.; Hermann, alt 65 Jahre; Günther, alt 2 Monate 25 Tage; Vater Max, Bürkler, Buchhalter; Karoline Steinbach, alt 74 Jahre, Witwe des Maurers Engelhard Steinbach.

Voraussichtliche Witterung. Vorerst noch unbeständig, einzelne weite Schneefälle, fächer, Frost auch in tieferen Lagen, nördliche Winde.

Wasserstände des Rheins. Schutterinsel 200 (ges. 100), Kehl 922 (ges. 9), Magau 527 (unw.), Mannheim 461 (ges. 6). (O)

Letzte Meldungen.

Vertagung der Botschafterkonferenz.

Paris, 20. Nov. Die Botschafterkonferenz, die eigentlich um 5 Uhr nachmittags auf endgültiger Beendigung zusammengetreten sollte, ist im letzten Augenblick abermals vertagt worden, weil der englische Botschafter, wie auch heute die englische Formel lautet, "seine Instruktionen nicht erhalten hat." Die Botschafterkonferenz soll morgen zusammengetreten. Eine Stunde für die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Über die Gründe dieser neuen Vertagung ist Ge- nauereres bis zur Stunde nicht bekannt. In unter-

richteten Kreisen verlautete, der englische Botschafter habe der französischen Regierung den Wortlaut eines "Briefes", den er heute von seiner Regierung erhalten hat, mitgeteilt. Dieser Brief habe am Quai d'Orsay „Neberratung und eine gemischt Bewegung“ erreicht. Röhres über diese englische Eröffnung ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Havenstein gestorben.

Berlin, 20. Nov. (Gesetz) Havenstein ist heute nachts nach 1,4 Uhr, 66 Jahre alt, an einem Herzschlag verstorben.

Havenstein, der 1857 in dem kleinen märkischen Städtchen Weierich geboren war, schlug die jüdische Laubföhre ein. Er wurde 1896 Rentierrat im preußischen Finanzministerium, 1896 Reichskommissar bei der Anstaltskommission für Westpreußen und Posen und 1900 Präsident der Preußischen Schuhfabrik als Nachfolger des Präsidenten Koch im Dezember 1907 übernahm Havenstein die Leitung der Reichsbank, die er bis zu seinem Tode innehatte.

Der Verlauf von Havenstein ausgesetzt. Der für gestern angekündigte Verkauf von Rentenmark durch die Reichsbank wurde aus technischen Gründen ausgesetzt. Nur an den Lebensmittelhandel wurden Rentenmark gegen Ausweise ausgegeben. Die Stelle der Ausgabe von Rentenmark von Rentenmark wird darauf hinweisen, daß im Reichsbank wieder allgemein ausgegeben werden.

Die Lage im besetzten Gebiet. Lebensmittel statt Geld für Erwerbslose.

Berlin, 20. Nov. In der Presse wurde die Frage aufgeworfen, ob sich nicht statt der Auslobung von Papiermark an die Erwerbslosen die Gewährung von Lebensmitteln empfiehlt, um die Entwertung der Rentenmark möglichst zu verhindern. Hierzu wird darauf hingewiesen, daß im Reichsministerium bereits vorläufig eine demokratische Erwerbslosenunterstützung je nach Lage der Verhältnisse ganz oder teilweise in Lebensmitteln einzuführen ist. Die Polizei wird darüber informiert, um Sicherheitsmaßnahmen an solchen Stellen zu befreien und vielleicht seinesgleichen eine entsprechende Erwerbslosenunterstützung einzuführen.

Der Reichstag und die Volksräte. — Die Volksräte

Nr. 268 61. Belegsatz (freilei-
dlich) Träger 60 Goldmark
Kartoth. Kartoth. 65 Goldmark
obdientlich. Abteilung
am bis zum 25. auf der
Schrift erlauben.

Reinreiter: Reichsamt
Beteiliger und Herausge-
geber und Herausge-
geber

Druckadresse: L

Vor-
der Kronprinzenfrage kontrolliert eine Note in
Sicherheitskonzern erga-
zieren.

Die Bayerische
einer Antrag auf
Weimar für föderali-
Die Separatisten
hören für die näch-
Ministerpräsident

**Eine größere An-
zugs- und Polizeibeh-
befehlsbörse ihres A**

Die Volksräte
Sek

Der Reichstag hat
Sitzung nicht ordnu-
ng, weil es dem komm-
munistischen Ma-
bietet die Polizei nicht
sicherheitsmaßnahmen an
solchen Stellen zu befreien und vielleicht seinesgleichen eine entsprechende Erwerbslosenunterstützung einzuführen.

Der Reichstag hat
Sitzung nicht ordnu-
ng, weil es dem komm-
munistischen Ma-
bietet die Polizei nicht
sicherheitsmaßnahmen an
solchen Stellen zu befreien und vielleicht seinesgleichen eine entsprechende Erwerbslosenunterstützung einzuführen.

Die Volksräte
Sek

Der Reichstag hat
Sitzung